SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag Heinsberg

SPD-Kreistagsfraktion Valkenburger Str. 45 52525 Heinsberg

Herrn
Landrat
Stephan Pusch
Im Hause

SPD-Fraktion im Kreistag
Heinsberg
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Fon: (02452) 13-1720
Fax: (02452) 13-1725
spd-fraktion@kreis-heinsberg.de
www.spd-kreis-heinsberg.de

Kreissparkasse Heinsberg
BLZ: 312 512 20
Konto: 2008688

den Fraktionen im Kreistag z.K.

Heinsberg, 27. November 2017

Antrag gemäß § 5 GeschO zur Beratung in der nächsten Sitzung des Kreistags

Sehr geehrter Herr Pusch,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, in der Sitzung des Kreistags am 21.12.2017 folgende Resolution zu beschließen:

> **Die Landesregierung wird aufgefordert, von ihren Plänen, die Förderung des Sozialtickets zurückzufahren und ab dem Jahr 2020 einzustellen, Abstand zu nehmen.**

Begründung:
Die Sozialtickets waren erstmals 2011 auch für den Kreis Heinsberg – hier Mobiltickets genannt - eingeführt worden. Sie sollen Menschen mit besonderer Bedürftigkeit, so Beziehern von Arbeitslosengeld oder Sozialgeld, von Grundsicherung im Alter oder Hilfen zum Lebensunterhalt sowie Leistungen für Asylbewerber und im Rahmen der Kriegsopferfürsorge ermöglichen, zu einem reduzierten Preis (derzeit 22 Euro) ein Monatsticket zu kaufen, um ihnen Arztbesuche und Behördengänge, aber auch ganz allgemein die Mobilität zu ermöglichen.
Mit den Plänen der Landesregierung wird den Menschen, die derzeit das Sozialticket beziehen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich erschwert. Dieser Personenkreis verfügt in der Regel nicht über ein Auto. Gerade in unserem ländlichen Kreis ist der ÖPNV daher für alltägliche Besorgungen von besonderer Bedeutung. Die Kosten für den regulären Ticketpreis sind deutlich höher als die Kosten für das Sozialticket und für Empfänger von Transferleistungen nicht zahlbar.
Derzeit erwerben im Kreis Heinsberg etwa 2.500 Menschen ein Mobilticket bei der WEST-Verkehr.
Es ist auch nicht im Sinne der Kommunen in unserem Land, die jetzt zur Streichung vorgesehenen Landeszuschüsse in Höhe von 40 Mio. Euro auf diese abzuwälzen. Schon jetzt tragen die Kommunen die nicht unerheblichen Verluste des ÖPNV.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Derichs
-Fraktionsvorsitzender-

Annalena Rönsberg
- Geschäftsführerin-